



## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Asylsozialberatung sicherstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für Asylbewerber in Bayern in der Asylsozialberatung einen Betreuungsschlüssel von 1:100 in allen Unterkünften zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit der staatliche Finanzierungsanteil erhöht werden kann.

### **Begründung:**

Die aktuelle Situation in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber ist massiv angespannt. Viele der Erstaufnahmen sind improvisiert. Bereits vor einem Jahr kündigte die Staatsregierung einen massiven Ausbau der Sozialberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen an. Der Ministerrat hat im September 2014 einen Betreuungsschlüssel in den Erstaufnahmeeinrichtungen von 1:100 beschlossen.

Laut Prognose des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden 800.000 Asylbewerber bundesweit für das Jahr 2015 erwartet. Im Hinblick auf die aktuellen Zuzugszahlen und Schätzungen kann mit dem bestehenden Personal der Bedarf nicht gedeckt und der angekündigte Schlüssel von 1:100 nicht annähernd eingehalten werden. Die Asylsozialberatung ist ein wichtiger Bestandteil der Aufnahme von Flüchtlingen und seit Jahren deutlich unterfinanziert. Da lediglich die Personalkosten, nicht jedoch Sachkosten staatlich refinanziert werden, tragen einen Großteil der Kosten der Asylsozialberatung die Träger. Für viele Träger ist der Eigenanteil mittlerweile zu hoch. Bereits im vergangenen Jahr konnten mit den bestehenden Kapazitäten lediglich 60 Prozent der ankommenden Asylbewerber durch die Beratung erreicht werden. Daher besteht dringender Handlungsbedarf.